S. 254 / Nr. 57 Obligationenrecht (d)

BGE 61 II 254

57. Auszug aus dem Urteil der 1. Zivilabteilung vom 15. Oktober 1935 i. S. Oberhänsli gegen Zürcher Ziegeleien A.-G.

Regeste:

Inwieweit ist eine Lehmgrube ein Werk im Sinne von Art. 58 OR?

Die erste Instanz hat die Anwendbarkeit des Art. 58 OR verneint mit der Begründung, eine Lehmgrube sei kein Werk, weil sie nicht erst erstellt zu werden brauche. Diese Auffassung wird jedoch dem Rechtsbegriff des Werkes, wie er sich in der Praxis des Bundesgerichtes herausgebildet

Seite: 255

hat, nicht gerecht. Wenn auch der Erdboden in seiner natürlichen Gestalt kein Werk ist, so gilt er doch als solches, sobald er durch die Hand des Menschen so umgewandelt worden ist, dass er in seiner neuen Gestalt zu einer Quelle ähnlicher Gefahren für Dritte werden kann, wie sie einem Gebäude innewohnen (BGE 44 II S. 189). In Anwendung dieses Grundsatzes hat das Bundesgericht denn auch schon wiederholt Gräben, die bei Tiefbauarbeiten ausgehoben wurden, als Werke bezeichnet (BGE 25 II S. 111; 42 II S. 256). Danach müssen aber auch die Gräben, die sich im Verlaufe der Ausbeutung einer Lehmgrube bilden, als Werke betrachtet werden. Dass die Gräben nicht Selbstzweck, sondern nur die natürliche, sogar unerwünschte Folge der Gewinnung von Material zum Zwecke der industriellen Verwertung sind, ist nicht von entscheidender Bedeutung, wie gerade das Beispiel der Gräben bei Tiefbauarbeiten beweist, die ja ebenfalls nicht Selbstzweck sind.

Wenn daher in BGE 32 II S. 557, auf welchen Entscheid sich die erste Instanz gestützt hat, beiläufig bemerkt wird, dass eine Lehmgrube kein Werk sei, so hält diese Auffassung, soweit darunter auch eine durch menschliche Tätigkeit bewirkte Umgestaltung des Erdbodens verstanden wird, einer erneuten Prüfung nicht stand